LINKE Brise

Zeitung der LINKEN für Vorpommern-Rügen Oktober 2021, Ausg. 04

Kerstin Kassners Kolumne:

Nach der Wahl ist vor der Wahl!

Foto: Klaus Kleinmann

Der Wahlabend hat uns enttäuschende Ergebnisse gebracht. Damit gilt es jetzt offen und ehrlich umzugehen.

Noch einmal habe ich an der Fraktionssitzung teilgenommen und es wurde Tacheles geredet. Der Tenor war: Wir müssen unsere Ziele klarer formulieren. Was ist unser langfristiges Ziel? Wie stellen wir uns demokratischen Sozialismus vor? Und diese Ziele müssen mit einer Stimme kommuniziert werden. Oft genug erschienen wir zerstritten und waren es auch. Deutlich wurde heute auch, welch große Sorgen wir alle uns um unsere Partei machen.

Wir verdanken den drei Direktmandatsgewinnern den Wiedereinzug in den Bundestag. Jetzt gilt es, diese Chance zu nutzen. Wir müssen unsere Kernthemen Friedenspolitik, soziale Gerechtigkeit und Anwalt Ostdeutschlands zu sein so formulieren, dass sie auch glaubwürdig bei unseren Wählerinnen und Wählern ankommen.

Für Glaubwürdigkeit wird auch weiterhin unsere Kommunalpolitik in Städten und Gemeinden sorgen. Ich hoffe, dass das auch Unterstützung erfährt. Aber auch die Mitarbeit in Vereinen, Verbänden oder Projekten ist eine gute Möglichkeit unsere Kompetenzen nachzuweisen.

Auch ich bin sehr enttäuscht von meinem Abschneiden. Aber im Wahlkampf konzentrierte sich die Arbeit auf viel zu Wenige und auch die Formen müssen wir überprüfen. Waren es die richtigen Wahlkampfmaterialien? Was haben uns die Trailer-Veranstaltungen gebracht? Lasst uns gemeinsam darüber diskutieren, wie wir es besser machen können! Aber bitte ohne gegenseitige Verletzung, sondern solidarisch und freundschaftlich. Es muss Freude machen gemeinsam für unsere Ziele zu kämpfen!

Diese Republik braucht uns. Wir müssen die Regierenden weiter unter Druck setzen, sonst sind gerechte Renten, höherer Mindestlohn oder die Bekämpfung der Kinderarmut kaum zu erreichen. Wir haben eine Verantwortung für die Zukunft in Stadt und Land, in der Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit vereint werden. Lasst uns diese Verantwortung wahrnehmen!

Viele Grüße

Kerstin

Erwärmung und Verschmutzung nehmen zu, Todeszonen erweitern sich:

Die Ostsee – ein sterbendes Meer?

Foto: Klaus Kleinmann

Wer liebt sie nicht, die Ostsee? Baden, angeln, die Seele baumeln lassen... Touristen kommen und suchen Erholung. Wer hier wohnt, wird beneidet.

Doch leider trügt das Idyll: Die Ostsee ist krank, sehr krank sogar. Ein wichtiger Grund ist der sinkende Sauerstoffgehalt des Wassers. Viele Meere sind von diesem Phänomen betroffen, aber für die Ostsee besteht eine besondere Gefahr: Sie ist fast ein Binnenmeer. Nur durch das Nadelöhr zwischen Dänemark und Schweden erhalten die tieferen Wasserschichten frischen Sauerstoff aus der Nordsee. Auch der Salzgehalt des Wassers stammt von dort. Deshalb sind Sauerstoff- und Salzgehalt in der westlichen Ostsee höher, dementsprechend auch die Anzahl an Meereslebewesen.

Nun steigt in Folge des Klimawandels die Temperatur der Ostsee stetig. Das reduziert die Sauerstoffsättigung des Wassers, regt aber gleichzeitig das Algenwachstum an, wodurch noch mehr Sauerstoff verbraucht wird. Aber darin liegt nur eine Ursache des Problems.

Noch bedrohlicher sind die Einleitungen der vielen Flüsse, die in die Ostsee münden. Oder, Weichsel, Memel, Düna, Newa und viele andere bringen große Mengen von Schadstoffen, vor allem unzureichend geklärte Abwässer und Düngemittelrückstände. Jährlich gelangen auf diese Art hunderttausende Tonnen zusätzliche Nährstoffe in die Ostsee. Die UN stellte zwar eine Verbesserung der Abwasserkonzentration in der Ostsee fest, doch durch die Wassererwärmung in Folge des Klimawandels wird dieser Effekt wieder aufgezehrt. Die erhöhten Stickstoff- und Phosphatkonzentrationen bauen sich über Jahrzehnte kaum ab.

Oberflächenwasser mit geringem Salzgehalt ist dabei wenigstens noch belüftet und relativ sauerstoffreich, da es vom Wind permanent durchmischt wird. Schweres, salzreiches Wasser sammelt sich aber unterhalb von ca. 80 Metern Tiefe und wird kaum von den Durchmischungsprozessen erfasst. Dort lebende Bakterien und andere Mikroorganismen zersetzen herabsinkendes organisches Material und zehren dabei noch mehr Sauerstoff auf, so dass hier sauerstoffarme oder komplett sauerstofffreie Bedingungen entstehen. Gleichzeitig wird giftiger Schwefelwasserstoff frei. Meereslebewesen müssen sterben oder wandern aus.

Die Probleme sind im Prinzip nicht neu, wie die Grafiken (s. S. 3) zeigen. Schon 1974 wurde in Helsinki das unverbindliche „Schutzprojekt Ostsee“, genannt HELCOM, von den Anrainerstaaten vereinbart. Im Jahr 2000 entwickelten sie das „Sanierungsprojekt Ostsee“. Der Düngemittelverbrauch sollte reduziert werden. Schutzmaßnahmen wie der Bau von Kläranlagen zur Abwasserreinigung und zur Verringerung des Eintrags von Düngemitteln wurden vorgesehen. Der Effekt war gleich null.

Nach Prof. Jacob Carstensen vom Department of Bioscience der Universität Aarhus haben sich die Zonen mit sehr niedriger oder völlig fehlender Sauerstoffsättigung seit 2012, dem letzten in den Grafiken dokumentierten Jahr, weiter vergrößert. Dabei sieht es im Bottnischen Meerbusen noch am besten aus, obwohl auch hier der Sauerstoffgehalt zurückgeht. Im westlichen Bereich, also vor den Küsten von Dänemark und Schleswig-Holstein, sei mittlerweile im Gegensatz zu früher die Unterversorgung mit Sauerstoff während der Sommermonate ein Problem, so Prof. Carstensen. Dann weht der Wind weniger stark und der Wasseraustausch mit der Nordsee schwächt sich ab.

Extrem schlecht sieht es um Bornholm und im Gotlandbecken aus. Vor allem da herrsche jetzt nahezu flächendeckend ab ca. 80 Metern Tiefe ein gefährlicher Sauerstoffmangel, nahe am biologischen Kollaps. Das betrifft, anders gesagt, den Abschnitt zwischen der schwedischen Küste auf der einen sowie Estland, Lettland und Litauen auf der anderen Seite.

Für weite Bereiche kommt zum Sauerstoffmangel die Gefahr durch Kampfstoffverklappung im II. Weltkrieg hinzu. Das verstärkt den Effekt der ohnehin vorhandenen, allgemeinen Meeresverschmutzung, nicht zu-

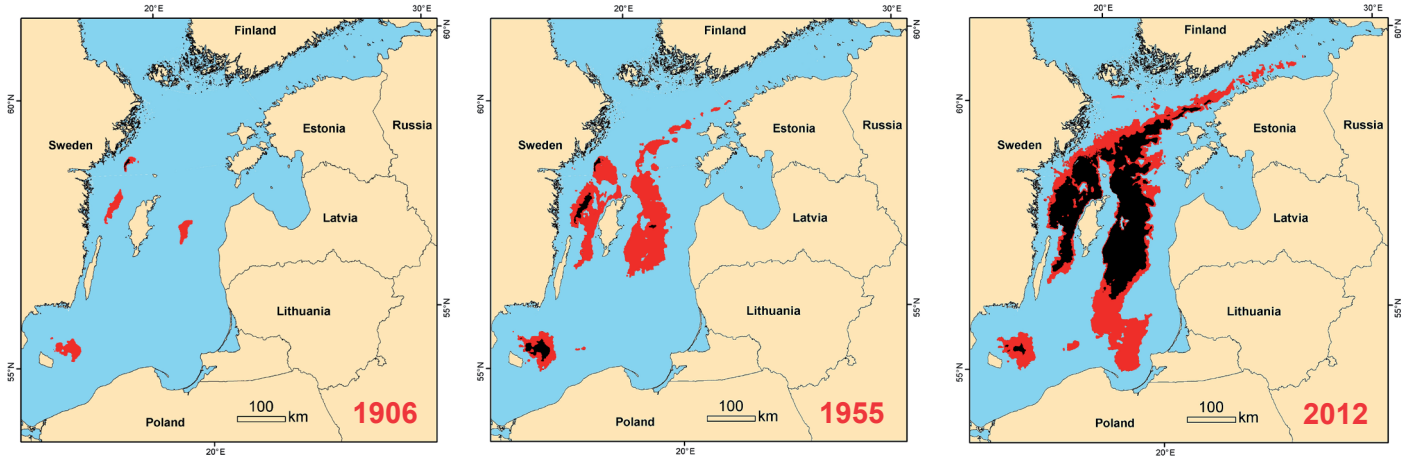
letzt durch Plastikmüll. Zudem handelt es sich bei den betroffenen Gebieten um vielfach befahrene Schiffsrouten und militärische Übungsgebiete.

Als weiteres Problem muss die Überfischung genannt werden. Entweder kann der Jungfisch sich dadurch nicht mehr entwickeln, oder er wandert in andere Gebiete aus, wo er wegen Verschmutzung und Sauerstoffmangel jedoch ebenfalls keine optimalen Bedingungen mehr vorfindet. Auch die zunehmende Versauerung des Wassers, die alle Weltmeere betrifft, wäre zu nennen. Die Ostsee gilt als eines der am stärksten verschmutzten Meere dieses Planeten.

Angeblich gibt es bereits Klima- und Ostseeforscher, die die Ostsee zum „Forschungsobjekt“ machen wollen, um zu beobachten, was passiert, wenn ein solches Gewässer kippt. In ein paar Millionen Jahren könnte hier ein riesiges Erdölvorkommen entstanden sein. Die Ostsee, ein sterbendes Meer... So lange es keine allseits verbindlichen Beschlüsse gibt, müssen wir mit dieser traurigen Realität leben, denn die auf Profitmaximierung getrimmte Industrie wird weiterwirtschaften als gäbe es kein Morgen. Nötig wären mutige, multinational koordinierte Eingriffe in die Verfügungsgewalt, besser noch in die Eigentumsstrukturen des globalen Agrobusiness.

Aber wer traut sich das schon? Die Partei DIE LINKE sollte hier beherzte Forderungen stellen, denn nur mit beharrlichem Streben nach der Einheit von Mensch und Natur haben wir die Chance zum Überleben in einer intakten, artenreichen Umwelt.

Suse Hawer
Klaus Kleinmann



Zu den Grafiken: Hier wird die Entwicklung der problematischen Zonen in großen Sprüngen gezeigt. Rot: Gebiete mit deutlich reduziertem Sauerstoffgehalt (Hypoxia) ab ca. 80 Metern Tiefe. **Schwarz:** Ebenfalls ab ca. 80 Metern Tiefe Gebiete mit einem Sauerstoffgehalt nahe null, sogenannte Todeszonen. Hier kann sich sogar Schwefelwasserstoff bilden. Nur noch wenige, speziell angepasste Mikroorganismen können unter diesen Bedingungen leben.- Schwarze Punkte, vor allem an den Küsten von Schweden und Finnland, sind keine Todeszonen, sondern vorgelagerte Inseln. Die Ausdehnung der problematischen Zonen hat nach Prof. Carstensen seit 2012 weiter zugenommen und erstreckt sich jetzt nahezu auf den gesamten Bereich zwischen den Küsten von Schweden, Litauen, Lettland und Estland.

Quellen für Text- und Bildmaterial:

Carstensen, Jacob u. a.: Deoxygenation of the Baltic Sea during the last century; www.pnas.org/lookup/suppl/doi:10.1073/pnas.1323156111/-/DCSupplemental. Kontakt: jac@bios.au.dk
Carstensen, Jacob: Austausch per Mail mit dem Verf.
Engel, Stefan: Katastrophen-Alarm! Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur? Gelsenkirchen 2014
Foto Ostsee: Klaus Kleinmann
Grafiken: Carstensen et. al., ebd., jac@bios.au.dk, www.pnas.org/lookup/suppl/doi:10.1073/pnas.1323156111/-/DCSupplemental.
https://www.**bund**-mecklenburg-vorpommern.de/themen/naturschutz/ostsee/oekosystem-ostsee/
https://www.**wissenschaftsjahr**.de/2016-17/aktuelles/alle-aktuellen-meldungen/august-2016/die-ostsee-todeszonen.html

Bürgerversammlung in Gustow

Ein Lehrstück in Sachen Demokratie

Am schönen Strand von Gustow. Im Hintergrund der Yachthafen.

Seit 2019 beschäftigt sich die Gemeinde Gustow mit dem Plan des Investors Jaich, in direkter Nähe des kommunalen Badestrandes eine Funktionsfläche mit Stellplätzen für 15 Wohnmobile zu schaffen, die im Winter als Lagerplatz für Boote genutzt werden soll. Die Firma Jaich betreibt in Gustow bereits den Hafen mit 150 Liegeplätzen, Bootswaschanlage, Wartungshalle und Ferienunterkünften direkt am Ufer im Schilfgürtel. Der bereits 2006 genehmigte Hafen ist für die Einwohner kein Streitobjekt - aber bei der zusätzlich geplanten Funktionsfläche sagen nun viele: Es reicht.

Am 31. 08. stimmte die Gemeindevertretung mit 4 : 3 : 1 dem Projekt zu. Seitdem regt sich Unmut, nicht zuletzt, weil sich die geplanten Stellplätze in einem bisherigen Landschaftsschutzgebiet befinden. Am 27. 09. fand unter großer Publikumsbeteiligung eine Bürgerversammlung zu diesem Thema statt. Ihr Hauptgegenstand war die Tatsache, dass es mittlerweile eine Unterschriftenliste gibt, mit der die Mehrheit der Gustower Bürger ihre Ablehnung des Vorhabens zum Ausdruck bringt.

Der verantwortliche Planungsingenieur, Arno Mill, legte zunächst die Argumente für den Plan dar. Der Strand werde von Wohnmobil-Campern bereits rege genutzt, Strand und Schilfgürtel seien durch Müll und Fäkalien stark belastet. Ein reines Verbot, Wohnmobile abzustellen, bringe nichts, weil es umgangen wird. Mit dem Vorhaben will man den Betrieb in geregelte Bahnen lenken und die Natur entlasten. Wenn es das Angebot nicht gäbe, blieben die Touristen weg. Es liege ein umfangreiches Artenschutzgutachten vor. Der Investor Jaich habe signalisiert, er habe kein „erotisches Verhältnis“ zu dem Projekt: Man könne die geplanten 15 Stellplätze auf 10 reduzieren. Wenn die Bevölkerung auch die nicht wolle, werde das Vorhaben gekippt. Dazu sei aber, so Arno Mill, ein Mehrheitsbeschluss der Gemeindevertretung nötig. An den Darlegungen des Planers merkte man, dass er die Sache gerne durchziehen will. Äußerungen von Bürgermeister Peter Geißler und einzelner Gemeindevertreter ließen das ebenfalls erkennen.

In der lebhaften Diskussion wurde von den Bürgern geäußert, dass die geplanten Stellplätze kaum Erleichterung für die Natur bringen, weil die Belastung sich auch über deren Rand hinaus immer weiter in den Schilfgürtel hineinfrisst. Wenn zehn Wohnmobile erlaubt sind, stellen sich noch fünf weitere illegal dazu. Ein Toilettenhäuschen und Müllcontainer, die regelmäßig geleert werden, sind bereits vor Ort und haben die Situation erheblich verbessert.

Durch mehr Stellplätze wird der Nutzungsdruck nur noch größer. In der weiteren Umgebung sind Stellplätze vorhanden, auf die ausgewichen werden kann. Die Touristen bleiben also nicht automatisch weg, wenn sie hier nicht übernachten können.

Das Verbot, Wohnmobile abzustellen, könne durchaus nützen, weil man seine Einhaltung ja kontrollieren und bei Verstößen ein Bußgeld verhängen kann. Über die Einfahrt zum Strand könnte man ein Tor bauen, dass für große Wohnmobile unpassierbar bleibt.

Andere Redner sagten, es gebe bereits genug Touristenbetten in der Gemeinde, mehr sei nicht zu verkraften. Natur muss Natur bleiben. Schon jetzt sei es für die Gustower wegen der vielen Autos und Badegäste nicht angenehm, an den Strand zu gehen. Der sei nur 60 Meter lang, oft überbelegt und könne mehr Belastung als bisher nicht verkraften.

Wenn Herr Jaich zu seinem Wort steht, muss er den Plan angesichts des Meinungsbildes in der Bevölkerung von sich aus fallen lassen, meinte jemand anders. Die Gemeindevertreter wurden aufgefordert, die Unterschriften als verbindlich zu betrachten. Ihnen wurde, genau wie dem Bürgermeister, nahegelegt, nicht gegen den Willen der Bevölkerung zu entscheiden.

Elke Neugebauer von der Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“ fasste unter großem Applaus zusammen, dass niemand etwas von den geplanten Wohnmobilstellplätzen hätte: Die Natur nicht, die Bevölkerung nicht und damit die Gemeinde auch nicht. Herr Jaich habe signalisiert, er könne darauf verzichten. Natur würde also sinnlos „verballert“. Daraus sei nur ein Schluss zu ziehen: Der Plan gehört ad acta gelegt.

Angesichts der Tatsache, dass bis zur Bürgerversammlung die Unterschriften von 271 Bürgern auf der Unterschriftenliste gegen das Vorhaben standen, sagte Bürgermeister Peter Geißler zu, er werde keinen Beschluss gegen den Willen der Bevölkerung unterstützen.

Der Vorsitzende des Bauausschusses, Holger Henze, griff den Vorschlag aus dem Kreis der Bürger auf, die Unterschriften gemeinsam mit der Initiatorin der Unterschriftenaktion, Anke Görlich, im Rahmen einer Bauausschusssitzung zu prüfen. Wenn sie für gültig befunden werden, soll die Empfehlung folgen, das Projekt zu streichen. Bürgermeister Peter Geißler signalisierte seine Zustimmung zu diesem Verfahren. Große Erleichterung machte sich breit. Bleibt abzuwarten, ob der Gemeinderat nicht ein formales Hintertürchen findet, um den Protest vom Tisch zu wischen.

Es zeigt sich jedoch wieder einmal, dass die Bürger den Vorhaben der Investoren nicht schutzlos ausgeliefert sind. Sie können mit der nötigen Beharrlichkeit ihrer Stimme Ausdruck und Gewicht verleihen. Den Organisatoren des Bürgerprotestes, unter ihnen auch Michael Stark, gebührt großer Respekt für ihr Vorgehen.

Klaus Kleinmann

Foto: Dr. Klaus Kleinmann

Das Gemeindezentrum in Gustow

Dank für Impulse und Korrekturen geht an: Michael Stark, Karl Petersen und Gerhard Noack.

Private Schulen zulassen – ja oder nein?

Die Stralsunder Bürgerschaftsfraktion der Partei DIE LINKE diskutiert über das Konzept einer Schule in freier Trägerschaft, das in der vorigen Ausgabe der LINKEN Brise vorgestellt wurde. Die Meinungen gehen auseinander: Soll man das Parteiprogramm wortwörtlich nehmen und das Projekt ablehnen, weil man prinzipiell gegen jede Art von Privatschule ist? Oder soll man Kompromisse machen, wenn das pädagogische Konzept und die Rahmenbedingungen stimmen? Die Meinungsbildung ist noch nicht abgeschlossen, die Diskussion bleibt offen. Hier hören wir zwei andere, konträre Meinungen. Die geneigte Leserschaft ist weiterhin aufgerufen, sich ein eigenes Urteil zu bilden und es der Bürgerschaftsfraktion mitzuteilen.

Pro Privatschule:

Am Rande unseres Kreisparteitages hörte ich eine Auseinandersetzung mit. Genossin Kühl hatte für die letzte Ausgabe der „LINKEN Brise“ einen Artikel über andere Schulformate als staatliche geschrieben. Mir hat der Artikel von Andrea gefallen. Es ist doch gut, wenn Kinder, die besonders begabt sind, künstlerisch-musikalisch oder umweltbezogen nach ihren Talenten und Interessen beschult werden können. Auf Rügen gibt es die Freie Schule Dreschvitz. Sie machen unwahrscheinlich viel im gärtnerischen, musikalisch-künstlerischen Bereich. Wenn man da ist, spürt man Lebensfreude pur. Für uns als LINKE ist es natürlich wichtig, dass wir dafür eintreten, dass nicht nur Kinder von gut betuchten Eltern dort lernen. Wir müssen dafür sorgen, dass sich die staatlichen Schulen in einem guten baulichen Zustand befinden, dass genügend Fachpersonal und viele Angebote da sind, um die individuellen Fähigkeiten der Kinder zu entwickeln, damit sich nicht ein Zweiklassenschulsystem entwickelt.

Doris Lieger

Lesen Sie die Contra-Position von Bernd Buxbaum auf der folgenden Seite.

Contra Privatschule:

Im Programm der Partei DIE LINKE heißt es unmissverständlich:

„Privatisierungen – auch von öffentlichen Bildungseinrichtungen – müssen gestoppt und rückgängig gemacht werden. (...) Der Trend zur immer stärkeren Ökonomisierung von Bildung muss gestoppt werden."

Um meine ablehnende Position zu privaten Bildungseinrichtungen (für den regulären Schulbetrieb von der ersten bis zur zwölften Klasse) zu begründen, nenne ich nur einige Argumente. Es gibt jedoch noch weitere (Bezahlung der Lehrkräfte, Arbeitszeit, konfessioneller Einfluss...)

Die Einkommensunterschiede werden künftig immer größer. Gleichzeitig gehen die Bildungsperspektiven der Kinder einkommensstarker gegenüber einkommensschwacher Eltern auseinander.

In den siebziger Jahren (BRD) und bis zum Anschluss auch in der DDR, saßen die Kinder besser gestellter Eltern noch viel häufiger mit Kindern unterprivilegierter Eltern in einem Klassenzimmer. Der boomende Privatschulsektor lässt die Kluft zwischen „schlechten" und „guten" Schulen weiter wachsen. Die überwiegend lernstarken Schülerinnen und Schüler werden von Anfang an aus den staatlichen Schulen herausgezogen.

Bildungspsychologen sprechen von kulturellem Kapital, welches verlagert wird. Sie fehlen somit bei der gegenseitigen Unterstützung der Schüler untereinander. Das „voneinander lernen" wird erschwert. Die Bildungskompetenz in den Klassenverbänden der staatlichen Schulen schwindet genauso wie die Möglichkeit zur Entwicklung der sozialen Kompetenz unter den Lernenden. Das umso mehr, als die Zahl der leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler in Deutschland seit Jahren immer größer wird. Die gesellschaftliche Segregation der Menschen wird bereits im Schulalter forciert. Das Bildungsprivileg, welches durch die Abschaffung der Studiengebühren und die Ausweitung der Studienfinanzierung eingedämmt wurde, wird wieder gestärkt. Das ist neoliberale Politik. Sie hat anderseits zur Folge, dass künftig der Nachwuchs der gesellschaftlichen Elite der kommenden Generation wieder überwiegend aus den höheren gesellschaftlichen Schichten kommt (einen „Norbert Blüm" in einer Bundesregierung wird es wohl eher nicht mehr geben). Über den Einfluss der gesellschaftlichen „Elite" auf die Politik müssen wir uns keine Illusionen machen. Aus diesem Einfluss folgt, dass künftig noch weniger Politik für die Unterschichten der Gesellschaft gemacht wird.

Dieser Entwicklung muss eine Partei, die für soziale Gerechtigkeit eintritt, entschieden entgegentreten.

Aber nicht nur die veränderte Zusammensetzung der Schülerschaft ist aus der Sicht sozial gerechter Politik zu kritisieren. Auf überdurchschnittlich engagierte Pädagogen und hervorragend ausgebildete Lehrer üben private Schulen eine Anziehungskraft aus, welche noch durch die Auswahl des Schulleiters verstärkt wird. Diese Lehrer fehlen schmerzlich an den sogenannten Brennpunktschulen.

Wer tiefer über die langfristigen gesellschaftlichen Folgen der Schwächung des staatlichen Bildungswesens nachdenkt, muss aufbegehren. Links sein heißt, Widerstand gegen gesellschaftliche Entsolidarisierung zu leisten. Ich befürchte, dass sich die Mehrheit der Fraktion DIE LINKE in Stralsund die Chance entgehen lässt, sich von den Grünen, der CDU und SPD hinsichtlich der solidarischen Frage abzusetzen. Was die Wahlerfolge der AfD betrifft, so müssen wir die Verantwortung zumindest teilweise bei uns selber suchen.

Die Liste der Argumente „Contra Privatschule" ließe sich mühelos verlängern.

Bernd Buxbaum

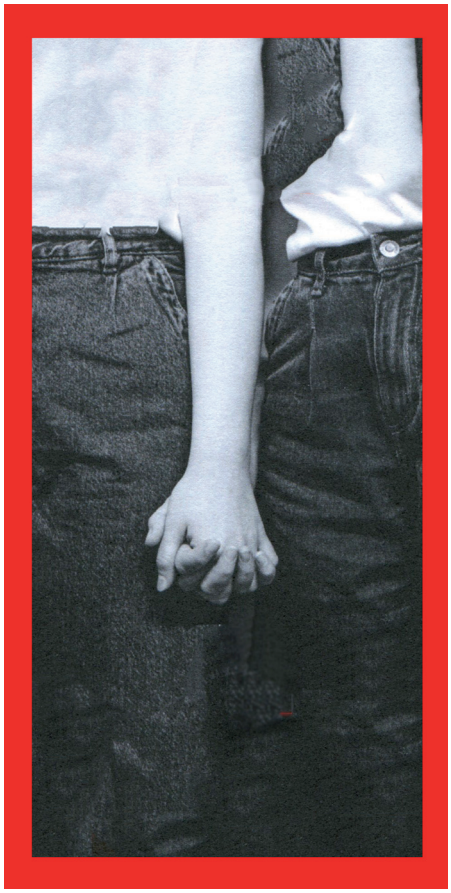


Foto: DIE LINKE

Vorwärts – und nicht vergessen...

Auf Hiddensee, in Ulm, und um Ulm herum

Wie man versuchen kann, Spekulation zu vermeiden

Foto: Ekkeheart Gurlitt, mit frdl. Genehmigung

Seit einigen Jahren explodieren die Immobilienpreise. Umso erfreulicher, wenn einsichtige Stadtväter sich gegen diesen Trend stellen und soziale Gesichtspunkte ins Zentrum ihrer Entscheidung rücken, anstatt bei Verkäufen nach dem letzten Euro für den Stadtsäckel zu schielen.

So geschah es jüngst auf Hiddensee, wo eine Reihe von Bürgern in Neuendorf seit Generationen nur die Grundfläche ihres Hauses besaß, nicht aber das Gelände darum herum. Traten sie aus dem Gebäude, standen sie auf fremdem Boden. Das störte nicht weiter, solange sie die Außenflächen billig pachten konnten. Nach der Wende war es damit jedoch bald vorbei: Grund und Boden gehörte je zur Hälfte der Gemeinde Hiddensee und der Hansestadt Stralsund. Letztere war als Rechtsnachfolgerin eines alten Klosters zur Großgrundbesitzerin aufgestiegen. Nun erhöhte sie den Pachtpreis sozusagen über Nacht um Zehnerpotenzen. Die betroffenen Hiddenseer sträubten sich und wollten die Grundstücke endlich kaufen, aber komplizierte juristische Klauseln verhinderten das. Schließlich hatten die Preise dermaßen angezogen, dass ihnen der Kauf nicht mehr möglich war. Sollten sie über das Gelände eines fremden Investors aus Hannover oder Innsbruck zum Einkaufen gehen? Sollte Neuendorf, sollte Hiddensee zu einer Art zweitem Sylt werden?

Ein jahrelanger, zermürbender Rechtsstreit begann. Hauptsächlich Politiker der Partei DIE LINKE hätten sich um die Belange der Bürger gekümmert, sagt Siegfried Siebler vom Neuendorfer Grundstücksverein. Kerstin Kassner hatte ein Ohr für sie, ebenso Wolfgang Meyer, Gregor Gysi, Helmut Holter und andere. Die übrigen Parteien hätten bloß den schnöden Mammon im Blick gehabt.

Foto: Wolfgang Meyer

Bild: Sonja Steffen SPD MdB, Siegfried Siebler, Jürgen Suhr Die Grünen MdL, Helmut Holter DIE LINKE MdL, Maria Quintana Schmidt DIE LINKE Bürgerschaft

Doch nun ist die Sache endlich in trockenen Tüchern: Mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE beschloss die Bürgerschaft einen Kompromiss, wonach die betroffenen Bürger das Land für 110 Euro pro Quadratmeter kaufen können. Siegfried Siebler findet das reichlich teuer, denn in den frühen Jahren nach der Wende hätte man es wesentlich billiger bekommen können, wenn man denn gedurft hätte. Besser als die 300 Euro Marktwert ist das aber allemal, und so will er gemeinsam mit seinen Neuendorfer Mitbürgern Ruhe geben. Mit dem Kauf ist kein Baurecht verbunden, die Eigentumsbindung läuft über zwanzig Jahre, ein Mehrerlös gegenüber dem aktuellen Kaufpreis geht zur Hälfte an Stralsund, zur anderen Hälfte an Hiddensee. Damit soll jegliche Spe-

kulation ausgeschlossen sein. So viel Weisheit gibt es selten.

Was auf Hiddensee ausnahmsweise gelang, wird anderswo schon geraume Zeit praktiziert. **Die Stadt Ulm** (s. Foto) begann vor über 100 Jahren damit, Bauland aufzukaufen und preisgünstig an junge Familien, Gewerbetreibende und für den sozialen Wohnungsbau abzugeben. Sie tut das bis auf den heutigen Tag, kauft alles, was sie bekommen kann und hat über die Jahre ein erkleckliches Portfolio an Grundstücken zusammengetragen. Ein Drittel des Stadtgebietes befindet sich in kommunalem Besitz. Das sind 4500 ha.

Foto: Pixabay

Neue Baugebiete werden erst dann parzellenweise veräußert, wenn sie der Stadt komplett gehören. Dafür wird ein vom Gemeinderat festgelegter Kaufpreis geboten, der deutlich unter dem Spekulationsniveau liegt. Die Käufer, ob Familie, Vermieter oder Gewerbetreibende, verpflichtet sich zum Bau. Ansonsten nimmt die Stadt das Gelände zum Einstandspreis zurück.

Tanja Oelmaier, Leiterin der Abteilung Liegenschaften und Wirtschaftsförderung bei der Stadt Ulm, erläutert: „Im Einfamilienhausbereich und bei Wohnungen in einer Baugemeinschaft gibt es bei uns die Verpflichtung, das Objekt zehn Jahre selbst zu nutzen, somit eine Selbstnutzungsverpflichtung, sicherlich gleichzusetzen ist mit einem Verkaufsverbot. Dies ist mehr als eine bloße Eigentumsbindung, bei der fremd vermietet werden kann.

Nach diesen 10 Jahren kann verkauft werden. Diese Regelung lassen wir grundbuchrechtlich sichern, damit wir dem Verkauf zustimmen müssen. Wenn vor Ablauf der zehn Jahre verkauft wird, haben wir eine Regelung im Kaufvertrag, dass der Eigentümer zur Nachzahlung verpflichtet ist. Dann geht der Grundstückskaufpreis erheblich in die Höhe, oder wir vereinbaren auch manchmal, dass das Gebäude nur zum ‚Selbstkostenpreis' veräußert werden darf. Somit kann kein Gewinn erzielt werden."

Bei Mietshäusern bleiben 30% des Bauvolumens in Sozialbindung. Die Stadt selber hat 7000 Wohnungen im Bestand. Mit diesen Regelungen lockt Ulm zum wechselseitigen Nutzen eine vorwiegend junge Bevölkerung und Gewerbebetriebe als Steuerzahler auf das Stadtgebiet, ohne dabei die Senioren zu vergessen: Mieten bleiben erschwinglich.

Andere Gemeinden im Umland erkannten die Vorteile und schlossen sich teilweise dem Vorgehen an. Zwar haben die Preise im Laufe der Zeit angezogen, aber verglichen mit dem nahe gelegenen Stuttgart nur in moderater Form. Aber erst die jeweils nächste Generation erntet die Früchte einer so klugen, vorausschauenden Politik.

Klamme Gemeinden, von denen es in unserer Gegend manche gibt, können sich ein solches Vorgehen kaum leisten, denn es fehlt das Geld zum Grundstückskauf. Nicht selten sind die Kassen so leer, dass man sich im Gegenteil dazu gezwungen sieht, an jeden beliebigen Käufer zum Höchstpreis zu verkaufen.

Die Hansestadt Greifswald beschreitet einen im Ansatz ähnlichen Weg, wenn auch in deutlich geringerem Umfang. Dr. Volkmar Böttcher vom Greifswalder Immobilienverwaltungsamt erläutert, dass es ein Vorkaufsrecht aus „besonderem öffentlichen Interesse" gibt. Die Gemeinde kann es für bestimmte Gebiete beschließen und im Flächennutzungsplan ausweisen. Ein solcher Beschluss muss juristisch gut abgesichert sein, denn die Entscheidungen können sonst angefochten werden.

Greifswald bietet Baugrundstücke nach einer Vergaberichtlinie an, z. B. für Familien mit Kindern. Das Angebot erfolgt zum Verkehrswert, denn kom-

munale Verkäufe unter Verkehrswert sind nicht gestattet. Allerdings wird dabei nicht der höchste Preis verlangt, den der Markt hergibt. So bleiben die Preise auf eher moderatem Niveau. Bau und Eigennutzung werden schwerpunktmäßig angestrebt, ein Wiederverkauf ist aber in Greifswald nicht generell ausgeschlossen. Ein Käufer darf nur *ein* Grundstück aus städtischem Angebot erwerben.

Die Spekulation mit Grund und Boden macht natürlich vor **Agrarflächen** nicht Halt. In den letzten 15 Jahren hat sich der Preis für Ackerland verdreifacht. Wie weit die Gier auf nutzbare Flächen gehen kann, sieht man besonders schmerzlich in der Ukraine. Sie ist eines der Armenhäuser Europas und muss nun auf Druck des IWF das Tafelsilber verscherbeln: Ukrainische Schwarzerde, die fruchtbarsten Böden der Welt. Bisher war dort der Verkauf landwirtschaftlicher Flächen verboten, denn der Staat wollte diese letzten Aktiva vor der Spekulation bewahren. Bis zum 1. Juli 2021 konnte Land nur gepachtet werden, aber der IWF hat als Anwalt der westlichen Großkonzerne weitere Kredite an die Voraussetzung gebunden, dass das Verkaufsverbot für landwirtschaftliche Flächen aufgehoben wird. Nun stehen westliche Lebensmittelkonzerne wie Nestlé und Unilever in den Startlöchern. Innerhalb von kaum vier Wochen wurden bereits fast 2.000 der begehrten Grundstücke verkauft. Das Gesetz sieht zunächst noch eine Beschränkung der Verkäufe auf 100 ha „in eine Hand“ vor, aber schon 2024 fällt diese Grenze. Ein Hektar kostet zur Zeit 25.930 Griwna (960 US-Dollar). Das ist ein Spottpreis und ein gefundenes Fressen für Investoren. Zum Vergleich: Im Saarland kostet ein Hektar ca. 10.000 Euro, in MV ca. 22.000 Euro, in Bayern ca. 64.000 Euro. (Terra Xpress, ZDF 19. 09. 21).

Man sieht, was „der Markt“ anrichtet, wenn er sich einseitig an den Verwertungsinteressen des Kapitals orientiert. Das Narrativ, dass „der Markt“ alles regelt, wird einmal mehr ad absurdum geführt. Und an den Beispielen Hiddensee, Ulm und Greifswald erkennt man die Sinnhaftigkeit entsprechender Beschränkungen. Sicher finden sich solche Ansätze punktuell auch in anderen Gemeinden. Warum gibt es derlei aber nicht flächendeckend?

Klaus Kleinmann

Foto: Klaus Kleinmann

In der Ukraine bei Kirowograd: Schwarzerde, so weit das Auge reicht. Da werden westliche Konzerne jetzt investieren...

Quellen:

Abteilung Liegenschaften und Wirtschaftsförderung bei der Stadt Ulm, Mailkontakt mit Amtsleiterin Tanja Oelmaier 20. 09. - 22. 09. 2021
"Ausverkauf der Ukraine: Seit 1. Juli wurden in der Ukraine fast 2.000 Kaufverträge für Schwarzerde-Flächen abgeschlossen" in: Anti-Spiegel 27. Juli 2021 https://www.anti-spiegel.ru/2021/seit-1-juli-wurden-in-der-ukraine-fast-2000-kaufvertraege-fuer-schwarzerde-flaechen-abgeschlossen/ (mit frdl. Genehmigung von Thomas Röper)
"Grundstückskrieg auf Hiddensee. Der Kampf um die bezahlbare Heimatscholle." Deutschlandfunk, Beitrag vom 30.01.2020
Immobilienverwaltungsamt Greifswald, Telefongespräch mit Amtsleiter Dr. Volkmar Böttcher am 22. 09. 2021
"Wie Ulm dafür sorgt, dass Spekulanten bei Grundstücken und Bauflächen seit mehr als 100 Jahren keine Chance haben", von Christoph Damm, in: Business Inside, 09. 01. 2019
Siegfried Siebler, Neuendorfer Grundstücksverein, Telefonat ca. 17. 09. 21
Terra Xpress, ZDF 19. 09. 21

XXXLutz – die mit dem roten Stuhl, oder

Die mit dem rauen Stil

Da kann man vielleicht gut einkaufen - aber arbeiten...?

Seit einiger Zeit ist bekannt, dass sich das Möbelhaus XXXLutz in Stralsund ansiedeln will. Seitdem wird diskutiert, wo sich ein geeigneter Standort finden ließe. Vorher sollte man allerdings wissen, wen man sich da in die Stadt holt. Das Geschäftsgebaren der Firma XXXLutz wäre sehr genau zu prüfen, und zwar im Hinblick auf:

- die Firmenstruktur
- die Bezahlung und Behandlung der Mitarbeiter
- das Mitspracherecht der Belegschaft
- die Sicherheit der Arbeitsplätze und den Kündigungsschutz
- das steuerliche Verhalten

Das Portrait dieses Möbelhauses liest sich nämlich wie ein Wirtschaftskrimi aus frühkapitalistischen Tagen. Darüber liegt eine umfangreiche und minutiös mit Quellen belegte Studie vor:

> **Thorsten Schulten und Markus Jaggo:** XXL – die mit dem rauen Stil. Arbeitsbeziehungen bei XXXLutz.ver.di-Landesfachbereich Handel Nordrhein – Westfalen, Düsseldorf 2018 (Kontakt: silke.zimmer@verdi.de)

Dieser Artikel hier referiert den Inhalt der Studie in groben Umrissen. Sabine Möller von Verdi Mannheim kann für die Zeit nach 2018 - dem Erscheinen der Studie - keine neuen Erkenntnisse zu Unternehmensstruktur und Geschäftsgebaren von XXXLutz vermelden. Steffen Ockert von Ver.di Rostock/Schwerin/Neubrandenburg bestätigte in einem Telefonat den Eindruck, dass die alten Strukturen im Wesentlichen nach wie vor bestehen. Wolfgang Krüger von Ver.di Baden-Württemberg vermutet das Gleiche.

In Österreich als kleiner Familienbetrieb entstanden, stieg die Firma 1989 in das Möbel-Discount-Geschäft ein und legte seither ein rasantes Wachstum vor. 2018 gab es europaweit schon mehr als 270 XXXLutz-Möbelhäuser, davon mehr als 80 in Deutschland. Tendenz steigend, auch beim Umsatz, der bei 4,2 Milliarden Euro lag. In Deutschland hatte XXXLutz 2018 etwa 22.000 Beschäftigte und lag damit vor IKEA (während IKEA beim Umsatz noch leicht die Nase vorn hatte). XXXLutz ist also zusammen mit IKEA einer der ganz großen Player. Danach folgt mit einigem Abstand Möbel Höffner, dann kommt lange gar nichts mehr.

Ein Punkt, der beim Lesen der Studie zum Kopfschütteln Anlass gibt, ist die Firmenstruktur. Bei XXXLutz sind Firmen, Stiftungen, Holdings, Subunternehmen, GmbHs und Gesellschaften ineinander verstrickt, so dass es selbst für ausgefuchste Juristen schwer sein dürfte, dieses Amalgam in seine Bestandteile aufzulösen. Dabei hat das alles System und ist völlig legal.

Sogar die einzelnen Möbelhäuser bestehen aus einem Geflecht verschiedener Unternehmen. Nachdem XXXLutz die Firma Möbel Rück in Oberhausen übernommen hatte, wurden für dieses eine Möbelhaus neue Dienstleistungs- und Nutzungsüberlassungsverträge mit sieben (!) Tochtergesellschaften der XXXLutz-Gruppe vereinbart, die nur noch für einzelne Bereiche und Abteilungen zuständig waren. Folgende separate Dienstleistungsgesellschaften wurden gebildet:

- Bereich Kassen, Büro und Haustechnik
- Abteilung Küche, Bad, Wohnen, Speisen, Schlafen und Jugendzimmer sowie Baby, Vorzimmer, Kleinmöbel und Büro
- Abteilung Junges Wohnen, Gartenmöbel, E-Commerce
- Abteilung Boutique, Heimtextilien, Böden und Fachsortimentsübernahme sowie Leuchten
- Dienstleistung im Hauslager/Selbstabhollager
- Restaurant des Möbelhauses
- Bereich Hausschreinerei und Dekoration

Mit jeder dieser Einzelfirmen gab es gesonderte Verträge, Werksverträge genannt. In anderen XXXLutz-Häusern waren jeweils getrennte Firmen für Material und Verkauf, für den Transport und für das Personal zuständig.

All das ist völlig legal - was klare Aussagen über das deutsche Arbeits- und Firmenrecht macht. XXXLutz hat die Tarifbindung aufgelöst. Das gilt auch für Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen. Ein verzwicktes Bonus-System soll zu höheren Leistungen anstacheln und erschwert die Vergleichbarkeit. Wenn man in einem solchen Firmengeflecht beim Personal sparen will, entzieht man einer Unterfirma die

Aufträge, so dass diese pleite geht und Leute entlassen muss.

Bei Firmenübernahmen, auf die XXXLutz spezialisiert war, entließ man den Betriebsrat. Der war nicht mehr nötig, weil die Firmenstruktur sich geändert hatte. Wenn er nicht gehen wollte, lockte man mit Geld und guten Worten, oder drohte schon einmal mit dem Einsatz der Hells Angels (von der Firma bestritten, von Betroffenen aber eidesstattlich erklärt). Auch in den Teilfirmen versucht XXXLutz, Betriebsräte zu vermeiden. Selbst wenn es sie gäbe, hätten die Angestellten nur Separatverträge mit ihrer jeweiligen Teilfirma. Eine Vertretung der gesamten Belegschaft gibt es hingegen nicht, weil es die Firma als ganze ja gar nicht gibt: Sie besteht lediglich aus formal getrennten Einzelfirmen.

Diese Konstruktion schwächt die Stellung der Angestellten. Pro forma schuf man bei XXXLutz hier und da „Personal-Arbeitsgemeinschaften“ als Marionetten der Firmenleitung.

Eine solche Struktur vereinfacht die Kontrolle nicht, und auch die Frage, wo die Gewinne versteuert werden - ein Teil vielleicht auf Malta, ein anderer auf Zypern - wird nicht so leicht zu beantworten sein. Eine Kommune jedenfalls, die aus Hoffnung auf mögliche Steuereinnahmen bei der Ansiedlung von XXXLutz über Zugeständnisse nachdenkt, sollte sich vorher sehr gut beraten lassen. Gleiches gilt für die Vergabe von Landesfördermitteln. Steffen Ockert weist darauf hin, dass das Versprechen von Arbeitsplätzen vermutlich weniger hält, als es verspricht: Die Beschäftigungsverhältnisse ohne Tarifbindung liegen wegen der verschachtelten Subunternehmen mit Werksverträgen, wegen Teilzeit-, Leiharbeits- und Minijob-Verträgen vermutlich zu einem nicht geringen Teil im prekären Bereich. Die Vergabe von kommunalen Flächen zu Vorzugsbedingungen sollte vor diesem Hintergrund ebenfalls genau durchdacht werden.

Foto: Shutterstock

Sie kommen vom Möbelhaus. Aber sind sie da auch angestellt?

Sicher trifft wegen der komplexen Betriebsstrukturen nicht jede hier getroffene Aussage auf alle XXXL-Möbelhäuser gleichermaßen zu. Vertreter der Firma reagieren dem Vernehmen nach auf Vorhaltungen mit dem empörten Hinweis, man arbeite streng nach Gesetz und halte alle Vorschriften ein. Schlimm genug, dass die deutschen Vorgaben solche Strukturen ermöglichen. Aber nicht jeder Arbeitgeber, der die gesetzlichen Spielräume maximal zu seinem Vorteil ausnutzt, ist ein guter Arbeitgeber.

Bei XXXLutz sollte man besonders genau hinsehen. Die Stadtverwaltung muss sich fragen lassen, ob sie bei einer Ansiedlung von XXXLutz über die komplexe Firmenstruktur sowie den Umgang mit Arbeitnehmerrechten informiert ist und bereit wäre, für diese Rechte einzutreten und sie vertraglich verankern. Oder ist ihr mehr an der Außenwirkung gelegen, die mit einer Firma dieses Formats verbunden ist? Ist das Arbeitsamt auf diese Situation vorbereitet?

Übrigens zahlt XXXLutz in Österreich sehr wohl nach Tarif - weil die Gesetze es dort vorschreiben.

In Deutschland wird das vom Staat offenbar nicht für nötig gehalten.

Es zeigt sich, dass nicht die Firma XXXLutz das eigentliche Problem darstellt, sondern die deutsche Gesetzgebung.

Die Zusammenarbeit mit Partnerfirmen und die Abfassung von Werksverträgen wird flächendeckend praktiziert, z. B. bei Krankenhäusern, die den Reinigungsdienst „outsourcen“ oder am Bau, wo Unterfirmen Werksverträge mit anderen Unterfirmen abschließen und der Arbeitnehmer zum allerletzten Glied in der Kette wird. Viele Unternehmen schließen solche Werkverträge, um die Arbeit in Kantinen, in der Gebäudereinigung, in der Überwachung ebenso wie in den Fuhrparks, Lagern und Callcentern von untertariflich arbeitenden Fremdfirmen erledigen zu lassen. Außerdem ermöglicht das die Umgehung des Betriebsrates bei Mitbestimmungsrechten.

Der Partei DIE LINKE stünde es gut zu Gesicht, solche Unternehmensstrukturen zu bedenken und öffentlich zu machen, wenn es um die Zustimmung zur Ansiedlung der Firma in Stralsund geht. Desgleichen wäre eine erneute, breite Debatte über Werksverträge und ihre Auswirkungen auf das Personal überfällig.

Klaus Kleinmann

Fotos: Michael Winter (1), Klaus Kleinmann (14)

Bilderstrecke vom

Wahlkampf-finale

Stralsund, 23. 09. 2021

Die Stimmung war bestens, aber dann...

...au weia!

Impressum:

Herausgeber (V.i.S.d.P.):	DIE LINKE. Vorpommern-Rügen
Redaktion und Layout:	Klaus Kleinmann
Kontakt:	Geschäftsstelle DIE LINKE. Vorpommern-Rügen, Heinrich-Heine-Ring 123, 18435 Stralsund, Email: ruegen@die-linke-mv.de
Internet:	https://www.die-linke-vorpommern-ruegen.de